

**Antrag der Fraktion Die Linke. vom 10. Oktober 2019 betr. Aufweitung der
Pfungstädter Straße (B 426) am Bahnhof Darmstadt-Eberstadt**



DIE LINKE.
Darmstadt
Stadtverordnetenfraktion

Landgraf-Philipps-Anlage 32
64283 Darmstadt

Telefon 06151 / 66 90 310
Telefax 06151 / 66 90 533

info@linksfraktion-darmstadt.de

www.linksfraktion-darmstadt.de

Darmstadt, den 10. Oktober.2019

Antrag

für eine Aufweitung der Pfungstädter Straße (B 426) am Bahnhof Darmstadt-Eberstadt

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Magistrat wird beauftragt, am Bahnhof Darmstadt-Eberstadt anlässlich einer Erneuerung der Eisenbahnüberführung über die Pfungstädter Straße (B 426) die Straße erheblich zu verbreitern und hierbei beidseits Geh- und Radwege regelgerecht im Brückenbereich herzustellen.

Begründung:

Die Deutsche Bahn hat die Stadt Darmstadt angeschrieben mit der Nachricht, dass sie die Eisenbahnüberführung zu erneuern beabsichtigt verbunden mit der Frage, ob die Stadt bei dieser Gelegenheit die Straße verbreitern will.

Die Main-Neckar-Bahn kreuzt seit ihrem Bau 1846 die Pfungstädter Straße (B 426) mit einer Eisenbahnüberführung. Die Straße mit 2 Fahrspuren und beidseitigen Gehwegen von nicht einmal 1 m Breite im Brückenbereich weist starken Verkehr mit einem großen Anteil von Schwerverkehr auf. Für Radfahrer und Fußgänger ist das Passieren des Bereichs unter der Brücke daher mit Angstgefühlen verbunden. Hierzu gibt es einen Film:

<https://www.youtube.com/watch?v=YMFzYzRcBcM>

Die Straße ist zwar eine Bundesstraße, die Eisenbahnüberführung befindet sich aber innerhalb der Ortsdurchfahrt der Stadt Darmstadt, die damit Baulastträger ist.

Die Notwendigkeit einer neuen Unterführung ergibt sich allein aus dem Fuß- und Radverkehr im Zusammenhang mit dem stark gewachsenen Straßenverkehr. Die Verkehrsentwicklung lässt auf einen gewachsenen Anteil des Radverkehrs schließen. Hierbei spielt auch eine starke Anziehung neuer Einkaufsmärkte im Pfungstädter Gewerbegebiet auf den Darmstädter Stadtteil Eberstadt eine Rolle.

Es dürfte ein hoher Zuschussanteil wegen der Eigenschaft als Bundesstraße zu erwarten sein.

Wenn ein gleiches neues Brückenbauwerk wie das vorhandene mit Sandsteinportalen nördlich anschließt, ist ein Denkmalschutz gewahrt und es stünden ausreichende Breiten für Fußgänger/Radfahrer beidseits zur Verfügung. Bezahlen muss auf jeden Fall der Straßenbaulastträger als Verursacher.

Noch billiger für die Stadt würde es, wenn auch die Bahn als Veranlasser aufträte, wenn die Brücke in Straßenachse zu verlängern wäre, weil die geplante Neubaustrecke mit überführt wird.

Für die Fraktion die LINKE

Karl-Heinz Böck

Martina Hübscher-Paul

Dr. Wolfgang Weber Uli Franke

Werner Krone